

Der Rechtsextremismus gehört zu den zentralen Herausforderungen der Zeit. Gerade im Osten gibt es heute Orte, wo sich Rechtsextremisten fast wie „Fische im Wasser“ tummeln; Orte, in denen schlecht integrierte Deutsche, vor allem NPD & Co., auf einer Welle der offenen, halboffenen oder verdeckten Zustimmung schwimmen – wenigstens bei starken Minderheiten, die in Parallelgesellschaften leben. Inzwischen, seit der jüngsten Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern, gibt es nur noch ein ostdeutsches Bundesland, in dem Rechtsextremisten seit 1990 den Sprung in den Landtag stets verfehlten: Thüringen. Erforderlich ist nun endlich eine differenzierte Diagnose, ohne die eine erfolgreiche Therapie kaum möglich ist. In die Irre hingegen führen Versuche der PDS, Rechtsextremismus im Osten allein mit sozialen Problemen zu erklären oder gar zu rechtfertigen (obendrein „vergisst“ die PDS meist, den Hauptverursacher dieser Probleme zu nennen: die SED). Wenig sachdienlich scheinen ebenfalls Bestrebungen, abgewogene Ursachenforschung, warum es im Osten zu Rechtsextremismus kommt, als Nestbeschmutzung oder Pauschalverurteilung „der“ Ostdeutschen abzuqualifizieren: So befindet der PDS-Politiker Gregor Gysi (in seiner Pressemitteilung vom 21. April 2006), wer den Rechtsextremismus in den jungen Bundesländern besonders gravierend nennt, „beleidigt den Osten“.

Die statistischen Fakten sind klar: In den jungen Bundesländern lebt ein Fünftel der bundesdeutschen Bevölkerung,

darunter aber die Hälfte der gewaltbereiten Rechtsextremisten in Deutschland. Je 100 000 Einwohner gibt es in Sachsen-Anhalt (4,29), Brandenburg (3,78), Thüringen (2,25) und Sachsen (2,07) bundesweit die meisten Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund. In Sachsen leben im Verhältnis zur Bevölkerungszahl die meisten Rechtsextremisten: 75 von 100 000 Einwohnern gehören zur Szene. Der bundesweite Schnitt liegt bei 47. Auf Sachsen folgen Berlin (71), Mecklenburg-Vorpommern (70), Sachsen-Anhalt (59), Brandenburg (54) und Schleswig-Holstein (51) – als erstes westdeutsches Bundesland. Der Verfassungsschutz registriert im gesamten Osten dreimal so viele rechtsextreme Straftaten wie im Westen. Zwar errangen rechtsextreme Parteien in den Neunzigerjahren auch im Westen elektorale Erfolge; zwar stammt ein erheblicher Teil der rechtsextremen Führungskader im Osten aus dem Westen; zwar scheiterten rechtsextreme Parteien zum Beispiel in Thüringen bislang bei allen Landtagswahlen seit 1990 an der Fünf-Prozent-Hürde. Doch in den jungen Ländern errangen DVU und NPD, auch ohne „braunen Gysi“ (Vera Lengsfeld), zuletzt ihre größten Wahlerfolge (bekanntlich gerade auch mit antikapitalistischer Agitation). So landete die NPD im September 2004 bei der Landtagswahl in Sachsen bei 9,2 Prozent und nun in Mecklenburg-Vorpommern bei 7,3 Prozent. Bei der jüngsten Bundestagswahl erhöhte die NPD auch in Thüringen ihren Zweitstimmenanteil von 0,9 Prozent auf 3,7 Prozent beziehungsweise von knapp

15 000 auf über 50 000 Stimmen – ein Anstieg um 2,8 Prozentpunkte beziehungsweise um fast 40 000 Stimmen (bei einem Ausländer-Anteil von rund zwei Prozent; doch eine starke Minderheit der Bürger hält ihn für viel höher, so repräsentative Umfragen). So gibt es laut Umfragen eine mittelschwere Schnittmenge zwischen SED-nahen Befragten und Rechtsextremisten – bei allen Unterschieden. Insgesamt war die NPD bei der Bundestagswahl 2005 im Osten wesentlich stärker als im Westen. Auch wenn die NPD stärker denn je auf soziale Themen setzt, gerade im Osten – nach dem Motto „Von der PDS lernen heißt Siegen lernen“: Im Osten ist die sozialistisch-nationale Partei kein Schaf im Wolfspelz. Dort tummelt sie sich erfolgreich als Sammlungsbewegung von Prolet-Ariern. Vor allem in Teilen Ostdeutschlands findet und fördert die NPD ein geistig-moralisches Milieu, das Rechtsextremismus samt Fremdenfeindlichkeit und Gewalt begünstigt.

Rechtsextreme Umtriebe

Am 24. Juni 2006 verbrannten junge Rechtsextremisten in Pretzien/Sachsen-Anhalt ein Exemplar des Tagebuchs von Anne Frank und eine US-Flagge. Der Skandal ereignete sich am Abend jenes Tages bei einer Sommersonnenwendfeier des „Heimat Bundes Ostelbien“. Pretziens Bürgermeister, ein bewährter SED- und PDS-Kader, tummelte sich unter den Anwesenden, ohne einzuschreiten (seinerzeit war der Politiker selbst Mitglied des inzwischen aufgelösten Bundes; er hatte die braune Brut sogar vielfältig gefördert). Mittlerweile hat der PDS-Kommunalpolitiker auf Druck des PDS-Landesvorstandes seine Partei verlassen.

Ein weiterer, besonders grausamer Fall: In Potzlow/Uckermark töteten drei junge Männer im Juli 2002 den sechzehnjährigen Marinus Schöberl. Die drei Täter (zwei davon zur Tatzeit siebzehn, einer dreißig Jahre alt) pflegten eher

lose Beziehungen zur rechtsextremen Szene: Der ältere Täter, ein bekannter Schläger, war wegen seiner eklatanten Minderbegabung sogar unter Rechtsextremisten weitgehend isoliert. Vor ihrer Tat hatten die stark alkoholisierten Täter ihr Opfer geschlagen, gedemütigt und beschimpft: Sie nannten Schöberl „feminin“, aber auch „Jude“ und „undeutsch“ – in klassisch rechtsextremer Manier. Mit ihrer Tat imitierten sie eine besonders grausame Tötungsart, die sie kurz zuvor im Fernsehen auf einem Privatsender gesehen hatten. Doch keiner der Täter trug offenbar ein geschlossen rechtsextremes Weltbild in sich. Vielmehr förderten Gruppendynamik, die Orientierungslosigkeit der Täter, ihre Langeweile, ihr Frustration und vor allem ihr starker Mangel an Empathie ihre Tat bis zur Tötung ihres Opfers, das sie in einer ehemaligen LPG vergruben. Morale Mindeststandards fehlten ihnen. Sie zählen zu den besonders brutalen Tätern im deutschen Rechtsextremismus nach „Hitlerei“ (Sebastian Haffner) und SED-Diktatur.

Rechtsextremisten agieren zwar sowohl in den alten als auch den jungen Bundesländern: Doch der Schwerpunkt liegt in der Ex-DDR. In Ostdeutschland, vor allem in Sachsen-Anhalt und Brandenburg, ist insofern die Gefahr vor allem für dunkelhäutige Deutsche und Ausländer viel höher, Opfer einer rechtsextremen Gewalttat zu werden; Menschen, die sowohl Opfer normaler Kriminalität werden können als auch – zusätzlich – Opfer fremdenfeindlicher und rechtsextremer Straftaten. Bayern hingegen ist bundesweit das Flächenland, in dem es proportional die wenigsten Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund gibt (2004): Der Freistaat ähnelt fast einer *no-go-area* für (gewaltbereite) Rechtsextremisten.

SED-Hinterlassenschaften

Nach fast sechzig Jahren Diktatur, nach fast sechzig Jahren ohne Demokratie,

nach fast vierzig Jahren SED-Herrschaft gibt es im Osten heute einen höheren Anteil von Bürgern, die rechtsextreme Einstellungsmuster in sich tragen beziehungsweise artikulieren, rechtsextreme Parteien wählen oder gar rechtsextreme Gewalttaten begehen. Die Ursachen dafür liegen zu einem erheblichen Teil in der SED-Diktatur. Ähnlich wie andere Diktaturen bekämpfte der Staat Ulbrichts, Honeckers und Modrows vehement insbesondere jene Vielfalt und jenes Anderssein, die in einer Demokratie legitim sind. Die SED-Diktatur ähnelte keinem Hort der Internationalität, des Pluralismus und der Weltöffnenheit. So lebte die Mehrzahl der ausländischen Vertragsarbeiter in der DDR stark isoliert. Schwangere Arbeiterinnen aus dem Ausland mussten abtreiben oder die DDR verlassen.

Immerhin diskutieren heute wenigstens kleine Kreise in der PDS über geistig-moralische Hinterlassenschaften der SED, die den heutigen Rechtsextremismus fördern – eine Debatte, die mehr als überfällig ist. So konzidiert Bodo Ramelow, PDS-Chefstratege und stellvertretender Vorsitzender der PDS-Fraktion im Deutschen Bundestag: „Aus unseren Wahlanalysen des Vorjahres wissen wir, dass sich eine nicht unerhebliche Zahl der Wähler mit der Erststimme für die PDS und mit der Zweitstimme für die NPD entschieden hat [...]. Rechts oder links, solches Denken ist vielen Leuten mittlerweile völlig fremd. Für den Direktkandidaten der PDS wird gestimmt, weil man dem die Interessenvertretung zutraut, die Parteienstimme für NPD ist ein Alarmsignal an die da oben.“ (Interview in der *Welt* vom 21. Februar 2005) Wie stark die Wähler rechtsextremer Parteien und der PDS einander ähneln, unterstreicht folgende Tatsache: Rund 23 Prozent derer, die 1998 bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt der DVU ihre Zweitstimme gaben, wählten mit der Erststimme PDS, wobei die ferngesteuerte Briefkasten-Partei DVU be-

zeichnenderweise keine Wahlkreis-Kandidaten aufgestellt hatte. Die DVU errang damals 12,9 Prozent der Zweitstimmen – das bis dato beste Ergebnis einer rechtsextremen Partei in Deutschland seit 1946 oberhalb der kommunalen Ebene.

Ursachen rechter Gewalt

André Brie, PDS-Chefideologe, erklärte bereits im Jahr 2000: „Eine Ursache rechter Gewalt liegt sicher in der DDR [...]. Die DDR war ein abgeschottetes Land. Schon dort gab es Neofaschismus, aber darüber durfte nicht diskutiert werden. In der DDR lebten eine halbe Million sowjetische Soldaten und viele vietnamesische Vertragsarbeiter. Die wurden ghettoisiert und abgeschottet. Niemand musste kulturelle Widersprüche leben. Die DDR hat einen Antifaschismus postuliert, der nicht demokratisch erstritten wurde. In diesen konnte 1945 jeder problemlos reinschlüpfen. Die DDR war ein Law-and-order-Staat, das ist für Neonazis bis heute ein Anknüpfungspunkt [...]. Es gab 1945 einen ungeheuren Bruch. Aber die Mentalitäten wurden nicht gebrochen [...]. Die kommunistische Bewegung hat spätestens mit ihrer Stalinisierung Demokratie und Emanzipation abgelegt. Sie hat schon vor 1933 Konzepte verfolgt, denen gleiche Denkweisen und ähnliche Symbole wie der NS-Bewegung zugrunde lagen. Hier gibt es eine ganz fatale Kontinuität [...]. Autoritätshörigkeit, Hierarchiedenken und Harmoniesucht der Ostdeutschen sind ein Nährboden für Neonazis. Nur wenn wir diese kulturellen Ursachen des Rechtsextremismus in Ostdeutschland reflektieren, werden wir eine Antwort auf die rechte Gefahr finden. Die PDS muss ihren eigenen autoritären Wurzeln nachspüren [...]. Wenn es die PDS nicht gegeben hätte, gäbe es in Ostdeutschland längst eine machtvolle rechte Partei. Wir integrieren Wähler mit rechten Wertorientierungen.“ (Interview in der *Berliner Zeitung* vom 7. August 2000)

Rechtsextremisten also auf den Spuren der SED – „wenn das der Führer wüsste!“.

Die intensive „Rotlichtbestrahlung“, insbesondere auch die kirchenfeindliche SED-Politik, bleibt nicht bei allen Bürgern folgen- und wirkungsarm. Vielmehr existieren heute im Osten fruchtbare Felder, auf denen Extremismen wuchern, partiell gerade auch Rechtsextremismus. Die geistig-moralischen Hinterlassenschaften der „antifaschistischen“ SED, darunter eine weitgehend areligiöse Gesellschaft beinahe ohne die ethisch-moralische Autorität der Kirche, fördern heute mancherorts den Rechtsextremismus; Überbleibsel der SED-Herrschaft wie Freund-Feind-Denken beziehungsweise Erziehung zum Hass („Klassenfeind“), Antpluralismus, Fanatismus („Diktatur des Proletariats“), Kirchen-, USA-, Israel- und Ausländerfeindlichkeit. Die SED hat insbesondere auch israelfeindliche Politik betrieben: Ihr galt der Zionismus in der Tradition Lenins als „nationalistische Bewegung der internationalen jüdischen Bourgeoisie“; sie nutzte ihn, so Lenin, um das „jüdische Proletariat vom Klassenkampf abzuhalten“ (Konrad Weiß, Antisemitismus und Israelfeindschaft in der DDR, in: *Die Politische Meinung*, 9/2006, Seite 6). Israelfeindlich war die angeblich antifaschistische SED-Politik auch deshalb, weil Juden aus ihrer Sicht „nur“ Opfer waren, also anders als viele Kommunisten meist nicht zu den aktiven Kämpfern gegen Hitler gehörten. Jüdisches Leben fand in der SED-Diktatur kaum Raum.

Rechtsextremisten loben heute sogar die SED-Diktatur, in der kaum Ausländer lebten und angeblich Vollbeschäftigung geherrscht hat. Die SED-Diktatur verdient aus rechtsextremer Sicht auch deshalb Anerkennung, weil sie sich tatsächlich weigerte, den Nationalsozialismus wirklich zu durchleuchten. Sie mied bereits den Begriff „Nationalsozialismus“, weil er sich dazu eignet, Ähnlichkeiten zum Realsozialismus zu enttarnen. Statt-

dessen bevorzugte die SED ähnlich wie die PDS die Termini „Faschismus“ oder „Nazismus“ (die PDS spricht ungern von Rechtsextremismus, weil er Linksextremismus impliziert). Üblicherweise zählte die SED sich und ihre Mitläufer pauschal zu den NS-Opfern; die Täter hingegen lebten ausschließlich, so die SED, im Westen. Konrad Weiß, einst DDR-Bürgerrechtler und später Mitglied der bündnisgrünen Bundestagsfraktion, bringt es auf den Punkt: „In der angeblich wissenschaftlichen Weltanschauung der Marxisten war – und ist – kein Raum für Schuld, Reue und Sühne.“ Doch nach dem Zweiten Weltkrieg durften NS-Täter scharenweise bei der antisraelischen und -amerikanischen SED (beziehungsweise der SED-hörigen NDPD) unterschlüpfen, um die zweite deutsche Diktatur mit aufzubauen. Die Maschinengewehre des „antifaschistischen Schutzwalls“ zielten auf die eigenen DDR-Bürger, nicht auf die angeblichen Faschisten im Westen.

Angeblicher Antifaschismus

Die angeblich antifaschistische SED gerierte sich beinahe wie eine Siegermacht; sie machte es sich leichter mit der NS-Vergangenheit als die Bundesrepublik, die immerhin über NS-Zeit und NS-Erbe öffentlich heftig diskutierte. Die SED hingegen versuchte, den Eindruck zu erwecken, Hitler und eine „kleine Clique von Monopolkapitalisten“ hätten das deutsche Volk unterjocht, das deshalb schlicht als verführtes Opfer anzusehen sei. Die SED monierte, in der Bundesrepublik lauere nach wie vor der „Faschismus“, weil sie es versäumt habe, dessen angebliche Basis, den „Kapitalismus“, durch Enteignung zu beseitigen. Doch der Kern der kommunistischen Doktrin heißt Macht eroberung der Partei, nicht Enteignung der Produktionsmittel – darüber sollte der „Antifaschismus“ der SED hinweg täuschen. Zugleich pflegte die SED enge Kontakte zur PLO. Sowohl SED als auch

PDS wollten beziehungsweise wollen den Hitler-Stalin-Pakt wohlweislich ebenso unter den Tisch kehren wie Kooperationen von KPD und NSDAP gegen die Weimarer Demokratie: Bis heute ehrt die PDS (weitgehend undifferenziert) Ernst Thälmann – ein Opfer Hitlers, aber bekanntlich auch ein Vasall Stalins, der wiederum mit Hitler paktierte, um dessen Angriffskrieg zu fördern und das sowjetische Imperium auszudehnen.

„Täve“ (Gustav-Adolf) Schur, Ex-Mitglied der PDS-Bundestagsfraktion und DDR-Sportidol, lobt heute die Beschäftigungspolitik Hitlers (Autobahnbau und Aufrüstung) – „Hitler hat die Probleme ja noch in den Griff gekriegt“ (*die tageszeitung*, 23. Februar 2001). Doch Hitlers Beschäftigungspolitik zielte bekanntlich vor allem darauf, den Angriffskrieg und massenhaften Judenmord vorzubereiten. Rechtsextreme Parteien, aber auch die PDS versuchen auf unterschiedliche Art, den millionenfachen Judenmord im „Dritten Reich“ in den Hintergrund zu drängen – die PDS betont statt des massenhaften Judenmordes die Opfer unter kommunistischen Kämpfern gegen den „Faschismus“. Dazu bemerkt François Furet (in *Das Ende der Illusion. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert*): „Kommunisten sind nicht bereit, auf das Privileg zu verzichten, vor allen anderen Hitlers Hass auf sich gezogen zu haben“ (Seite 497). In Ostdeutschland meinen laut Umfragen vor allem die Anhänger der antipluralistischen PDS, in Deutschland lebten zu viele Ausländer. Von der doppelten Staatsangehörigkeit, so klagte die frühere PDS-Politikerin Angela Marquardt, „hat die PDS selbst viele ihrer Mitglieder nicht überzeugen können“ (*Focus*, 15/1999, Seite 102). Gregor Gysis Partner, der rotbraune Lafontaine, hetzt in Chemnitz gegen „Fremdarbeiter“. Wie viele gibt es dort überhaupt?

Der Faschismus-Begriff der PDS verharmlost in SED-Tradition den National-

sozialismus. Denn anders als Hitler hat der politische Erfinder des Faschismus, der Diktator Mussolini, immerhin keinen Weltkrieg entfesselt und keine sechs Millionen Juden ermorden lassen. Mit ihrem Neofaschismus-Begriff vernebelt die PDS den Gestaltwandel des heutigen Rechtsextremismus – heute demonstrieren ja auch Rechtsextremisten (mitunter in PLO-Tücher gehüllt) gegen Castortransporte, Krieg und „Kapitalismus“. Darüber will die PDS hinwegtäuschen. Gerade auch mit dem Thema „Rechtsextremismus“ versucht die PDS (ähnlich wie die SED), die Bundesrepublik zu diskreditieren, Legitimität zu gewinnen und sich selbst als demokratisch zu präsentieren. Bei allen Unterschieden: Mit der NPD teilt die PDS vor allem ihren Extremismus beziehungsweise ihre Demokratiefeindschaft. Deshalb demonstriert die Neo-SED teilweise gegen sich selbst, wenn sie gegen die NPD demonstriert.

Engagement gegen Extremismus

Viele Verantwortliche in den jungen Bundesländern leisten seit 1990 viel, um Rechtsextremismus zurückzudrängen: insbesondere Verantwortliche in Kirchen, Politik, Behörden, Schulen, Medien und Vereinen. Doch es bleibt noch viel zu tun: Mauerfall und Wiedervereinigung führten bislang zu keiner geistig-moralischen Totalabkehr von der SED-Ideologie, wie viele Umfragen zeigen. Weder 1945 noch 1989 gab es eine Stunde null. Wer nun aber wie Gregor Gysi mit Nebelkerzen wirft, indem er befindet, viele heutige Rechtsextremisten hätten 1989 noch nicht gelebt oder seien damals Kinder beziehungsweise Jugendliche gewesen, weshalb die SED keinen Anteil am Rechtsextremismus haben könne, verhüllt die erfahrungsgemäß erhebliche Wirksamkeit von Erziehung durch Eltern, die ihre Kinder (politisch) sozialisieren und geistig-moralische Wertvorstellungen an ihre Sprösslinge weitergeben.

Wörtlich äußerte Gysi im Frühjahr 2006 in einer PDS-Pressemitteilung nach dem Überfall auf einen dunkelhäutigen Deutschen, der aus Afrika stammt: „Wenn die festgenommenen Verdächtigen die abscheuliche Tat gegen den Deutschen äthiopischer Herkunft begangen haben sollten, waren sie zum Ende der DDR vierzehn und fünfzehn Jahre alt. Rechtsextremistische Einstellungen haben sie ergo erst in der Bundesrepublik angenommen [...]. Im Übrigen sind die meisten Rechtsextremisten Jugendliche und junge Erwachsene und damit erst in der BRD geboren worden, zumindest aber hier zur Schule gegangen.“ Wer so formuliert, muss sich fragen (lassen), ob er Rechtsextremismus als Herausforderung für die Demokratie ernst nimmt.

Sobedrückend soziale Probleme im Osten sind; sosehr die rechtsextreme NPD, aber auch die linksextreme PDS sowohl von grassierenden Reformängsten profitieren als auch von schmerzhaften Eingriffen, die bislang zu keiner Genesung des Patienten D führten; so engagiert die Arbeit von Politikern, Polizei und Verfassungsschutz gegen Rechtsextremismus ist; so bedeutsam staatliche Prävention und Repression in braunen Hochburgen sind; so wichtig es bleibt, den Kontroll- und Verfolgungsdruck auf die rechtsextreme Szene hochzuhalten, Dunkelfelder aufzuhellen und braune Sümpfe trocken-

zulegen: Im Kampf gegen Rechtsextremismus ist nun vor allem die Zivilgesellschaft (stärker) gefordert, also jeder einzelne Bürger. Dazu gehört insbesondere die Erziehung zu demokratischen Grundwerten in Elternhäusern und Schulen.

So gilt es, deutlich zu widersprechen, wenn ausländerfeindliche und rechtsextreme Parolen erklingen. Wenn feige Rechtsextremisten einen dunkelhäutigen Deutschen oder Ausländer gar misshandeln, bleibt es staatsbürgerliche Pflicht, wenigstens die Polizei zu rufen, Anzeige zu erstatten und als Zeuge auszusagen, auch wenn damit Unannehmlichkeiten verbunden sein mögen. Die Zivilgesellschaft muss die Avantgarde gegen Rechtsextremismus bilden – gerade weil Kirche und gemäßigte Parteien im Osten insgesamt schwächer aufgestellt sind als im Westen. Es gibt keinen besseren Verfassungsschutz als möglichst zahlreiche Bürger mit Zivilcourage. „Einmischen statt Wegducken“ muss die Devise lauten! Die Vision ist klar: eine Gesellschaft, die auf der Basis eines Grundkonsenses religiöse und weltanschauliche Toleranz beweist; eine Gesellschaft, in der Einheimische und Zuwanderer ihren Beitrag zur friedlichen Integration und zum konstruktiven Miteinander leisten; eine Gesellschaft, die nach dem Motto lebt: Fremdenfreundlichkeit ja, Fanatikerfreundlichkeit nein.

Netzwerk gegen Rechtsextremismus in Sachsen-Anhalt

„Die Regierung will sich künftig einmal monatlich mit dem Rechtsextremismus befassen, jeweils anhand eines bestimmten Schwerpunktes. Der Vorschlag des Innenministers Holger Hövelmann (SPD), ein neues NPD-Verbotsverfahren anzustrengen, stieß im Lande inides auf Widerspruch innerhalb der Regierung wie auch von Verbänden, die sich gegen den Rechtsextremismus engagieren. Das treibe die rechte Szene nur in den Untergrund, hieß es mehrheitlich. So setzt Magdeburg vorerst auf das Verantwortungsbewußtsein und die Zivilcourage seiner Bürger, wozu Ministerpräsident Wolfgang Böhmer (CDU) bei der Vorstellung der Kampagne in Magdeburg und Bitterfeld aufrief. Dies und ein Umfeld, das diese Eigenschaften fördere, seien noch wichtiger als ein scharfes Durchgreifen von Polizei und Justiz. Böhmer sieht die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus als ‚Daueraufgabe der gesamten Landesregierung‘.“

Robert von Lucius am 29. Dezember 2006 in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*